

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr		
Sitzung am:	Dienstag, 26.01.2010		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5,		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	18:40 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

Ausschussmitglieder

Frau Monika Blankenheim	SPD	
Herr Rainer Isemann	CDU	
Herr Dr. Georg Kolbow	FDP	
Herr Wolfgang Mickelat	SPD	
Herr Egon Oetjen	UWG	für Herrn Jürgen Köster
Herr Helmut Ohlert	SPD	
Herr Hermann Peters	CDU	für Herrn Hauke Rosenbusch
Frau Barbara Woltmann	CDU	für Herrn Klaus Wolf

Grundmandatsinhaber

Herr Georg Köster	GRÜNE
Herr Wolfgang Sindermann	Freie Wähler

beratendes Mitglied des Jugendgemeinderates

Schüler Pierre-Philippe Behling

Verwaltung

Herr Dr. Arno Schilling	
Herr Rolf Oeljeschläger	
Herr Wilfried Fischer	
Herr Carsten Meyer	
Herr Martin Wichelmann	
Frau Helga Buß	als Protokollführerin

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Genehmigung der Niederschrift vom 30.11.2009 (Protokoll Nr. 151) | 2 |
| 3. | Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010
Vorlage: BV/2010/003 | 2 |

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 30.11.2009 (Protokoll Nr. 151)

Die Niederschrift über die Sitzung des WuFF vom 30.11.2009 (Protokoll Nr. 151) wird einstimmig genehmigt.

**3 Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010
Vorlage: BV/2010/003**

Die in der Sitzung verteilte Tischvorlage ist als **Anlage 1** beigefügt.

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass der Haushalt 2010 der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorliege. Zwischenzeitlich habe sich jedoch ein erheblicher Einbruch bei den Gewerbesteuerereinnahmen ergeben, der den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung erforderlich macht.

Während der Fehlbedarf im Ursprungshaushalt 2010 noch über den Überschuss aus dem Jahr 2009 ausgeglichen werden konnte, kann der sich jetzt abzeichnende Fehlbedarf weder durch den Überschuss 2009 noch durch die Überschüsse 2011/2012 gedeckt werden. Daraus folgt, dass die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zwingend erforderlich ist.

Aufgrund der neuen Finanzsituation habe es verschiedene Gespräche mit der Kommunalaufsicht gegeben. Die Kommunalaufsicht kann unter den neuen Umständen den Haushalt 2010 nur genehmigen, wenn gleichzeitig ein I. Nachtragshaushalt mit Haushaltssicherungskonzept vorgelegt wird. In einem Gespräch am heutigen Tage habe die Kommunalaufsicht deutlich gemacht, dass sie die Einnahmeverbesserungen der Gemeinde für erforderlich hält, aber auch Anpassungen in der Ausgabestruktur für dringend notwendig erachtet. Da die Erstellung eines strukturierten Haushaltssicherungskonzeptes mit Einsparungspotential nicht bis zur nächsten Ratssitzung am 09.02.2010 erstellt werden kann, ist nach Ansicht der Kommunalaufsicht jedoch erforderlich, dass der Beschluss über den I. Nachtragshaushalt 2010 neben einer Steuererhöhung die fünf in der Tischvorlage aufgeführten Punkte beinhaltet. Parallel sei im Mai im WuFF das Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen.

FBL Oeljeschläger teilt mit, dass neben der Korrektur der Ansätze bei der Gewerbesteuer und der Gewerbesteuerumlage zwei weitere Punkte im Nachtragshaushalt zu beordnen seien. Zum einen müsse die Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse verringert, zum andern der Höchstbetrag der Liquiditätskredite erhöht werden.

BM Dr. Schilling macht deutlich, dass der Einnahmeeinbruch bei der Gewerbesteuer nicht die betriebswirtschaftliche Krise eines Gewerbebetriebes zum Anlass habe, sondern dass hier mehrere Faktoren zusammengetroffen seien. Auch seien die Unternehmenssteuerreform und die Wirtschaftskrise nicht unbeteiligt an dem Einnahmeausfall.

Insgesamt unterliege der Haushalt 2010 einer dramatischen Entwicklung, die sich auch in nächster Zeit nicht bessern werde. Durch die lange Frostperiode werden zusätzliche Energiekosten und Aufwendungen für den Winterdienst und die Straßenunterhaltung auf uns zukommen.

Da in der momentanen Situation auch eine Steuererhöhung diskutiert werden müsse, sei man frühzeitig in die Gremien gegangen. Formal sei eine rückwirkende Steuererhöhung bis zum 30.06. eines Jahres möglich. Im Interesse des Bürgers sollte jedoch von der Ausschöpfung dieser Frist Abstand genommen werden.

In der sich anschließenden regen Diskussion wird auf die zum Haushalt 2010 erfolgten Beratungen eingegangen.

Auf Anfrage des GM Köster teilt BM Dr. Schilling mit, dass die Rekordeinnahmen von 2009 bei der Gewerbesteuer in den nächsten Jahren nicht wieder erreicht werden können. Weitere starke Einbußen durch die Wirtschaftskrise werden in Bad Zwischenahn jedoch auch nicht erwartet.

GM Oetjen erklärt, dass die UWG einer Steuererhöhung wie in der Tischvorlage beschreiben, zustimmen könne.

AM Dr. Kolbow schlägt vor, kurzfristig in Sondersitzungen des WuFF ein Haushaltssicherungskonzept zu beraten, das dann in einer Ratssitzung im März beschlossen werden kann. AM Isemann unterstützt diesen Vorschlag.

BM Dr. Schilling erwidert, dass die Fachausschüsse nicht außen vor gelassen werden dürfen. Auch den Fachausschüssen muss Gelegenheit gegeben werden, die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes zu beraten. Auch die von der Kommunalaufsicht angebrachten 5 Einsparungsmöglichkeiten müssen inhaltlich noch beraten werden. Man könne beispielsweise bestehende Arbeitsverträge nicht von einem auf den anderen Tag kündigen. Selbstverständlich sei sich jedoch die bereits kostenorientierte Verwaltung bewusst, dass nun jede Ausgabe und jede Personalangelegenheit noch intensiver geprüft werden müsse.

AV Finke gibt den Vorsitz an stv. AM Woltmann ab.

AV Finke trägt den Vorschlag der CDU-Fraktion vor, die Hebesätze wie folgt zu ändern:

	Bisher	Erhöhung	Neu
Grundsteuer A	310 %	20 %	330 %
Grundsteuer B	330 %	20 %	350 %
Gewerbsteuer	340 %	20 %	360 %

Voraussetzung sei jedoch, dass auch die Ausgaben auf den Prüfstand kommen.

Diese Erhöhung solle nur für das Jahr 2010 gelten.

Anmerkung der Protokollführerin:

Durch die Erhöhung der Hebesätze um jeweils 20 Prozentpunkte, würde der Haushalt um insgesamt rund 600.000 € entlastet werden. Die dann gültigen Gesamtzahlen sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

AV Finke übernimmt den Vorsitz.

Stv. AM Woltmann sagt, dass es schwer fallen wird, die vorhandenen Strukturen in Bad Zwischenahn abzubauen, jedoch reichen die Finanzen nicht aus, um den Bürgern im gleichen Umfang freiwillige Leistungen zu bieten wie bisher.

Auf Antrag des AM Mickelat wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

GM Köster erklärt, dass DIE GRÜNEN dem Vorschlag der CDU zur Steuererhöhung zustimmen können. Auch die Ausgaben müsse man kritisch durchleuchten, wobei gewisse soziale Standards gehalten werden müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

AM Mickelat erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass auch diese dem Vorschlag der CDU zustimmen könne. Man wolle dies in der Fraktion beraten. Jedoch lege auch die SPD Wert darauf, dass ein aussagekräftiges Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden müsse.

Auf Vorschlag des AM Dr. Kolbow kommt der WuFF überein, dass heute kein Beschluss in der Sache gefasst wird. Am 09.02.2010 findet vor der Ratssitzung eine VA-Sitzung unter Hinzuladung der WuFF-Mitglieder statt, in der der Nachtragshaushalt beschlussmäßig beraten wird. So bestehe noch die Möglichkeit, die Tischvorlage in den Fraktionen zu beraten.

AV Finke schließt die Sitzung.

Finke
Ausschussvorsitzender

Oeljeschäger
Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin